
Ein Hauch von Melancholie

Rezension von: Georg Turnheim (Hrsg.),
Österreichs Verstaatlichte, MANZ, Wien
2009, 211 Seiten, € 38.

Über die Verstaatlichte Industrie Österreichs erschienen schon einige Studien. Allerdings wenige, die bis zur Gegenwart reichen, und noch keine von Autoren, welche nahezu alle in führenden Positionen in diesem Industriekomplex tätig waren. Letzteres verspricht natürlich eine besonders interessante Lektüre – eine Erwartung, die tatsächlich durch die Vielfalt der Artikel befriedigt wird.

Der Herausgeber, Georg Turnheim, ehemals Leiter der Direktion Konzerninnovation und Konzernstrategie der Austrian Industries AG bzw. ÖIAG, leitet das Buch mit einem historischen Rückblick auf die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit ein und weist darin auf die rasch versandeten Sozialisierungsambitionen nach Ende des Ersten Weltkriegs hin. Allerdings sei 1931 die CA durch die Sanierung verstaatlicht worden und damit indirekt ihr ganzer Industriekonzern. Hier wäre freilich anzufügen, dass es sich um eine Teilverstaatlichung handelte und niemand daran dachte, über die Sanierung der Bank hinaus, etwa ein industriepolitisches Konzept zu entwickeln und schon gar nicht durchzusetzen.

In der Folge vermittelt der Autor einen umfassenden Überblick über die Investitionen des nationalsozialistischen Deutschland im heutigen Bundesgebiet zwischen 1938 und 1945 sowie deren Auswirkungen auf die österreichische Industriestruktur. Hierbei bemerkt er kritisch, dass die Dimen-

sionen dieser Betriebe über die österreichische Nachfrage hinausgegangen seien. Eine erstaunliche Bemerkung angesichts der Tatsache, dass viele Produktionen aus technischen Gründen eine Mindestgröße erreichen müssen, um konkurrenzfähig zu sein, und bis in die allerjüngste Zeit Exportbetriebe auch stets als wichtige Erfolgsvoraussetzung einer kleinen, offenen Volkswirtschaft galten.

Dem Kapitel desselben Autors über das Zustandekommen der Verstaatlichung in Österreich, das Deutsche Eigentum sowie die Entstehung der USIA und der SMV gehen interessante Tabellen über die Vermögenswerte der österreichischen Industrie nach der Nationalität der Eigentümer sowie über die Verluste durch Kriegsschäden und Requirierungen voran. Letztere beruht auf einer deutschen Dissertation aus 2007 und eigenen Berechnungen. Bedauerlicherweise werden diese nicht näher erläutert; so bleibt unklar, wie von einem Vermögensstand zu Kriegsende 1945 noch Kriegsschäden abgezogen werden können. Die Zahlen stimmen jedenfalls nicht mit jenen Seidels überein, auch in der Relation von Schäden zu Demontagen. Hier täte sich ein weites Feld für zusätzliche Forschung auf.

Turnheim weist darauf hin, dass auch die öffentlichen Verwalter der Nachkriegszeit durch den Modus ihrer Bestellung theoretisch dem Weisungsrecht des zuständigen Bundesministers unterworfen gewesen seien, der öffentliche Sektor in Österreich daher einen beträchtlichen Umfang erreicht und sich grundsätzlich von der Situation in der Bundesrepublik unterscheiden habe. (Die Höhe der Abgabenquote sagt freilich darüber gar nichts aus.) Hier verspürt der Leser einen gewissen melancholischen Grundton

über versäumte Möglichkeiten der „Gemeinwirtschaft“. Allerdings geht der Autor über diese Faktenfeststellung nicht hinaus zu der Frage vor, ob nach Abbau der Kriegs- und Nachkriegsregulierung im Zusammenhang mit der Verstaatlichten Industrie ein alternatives Wirtschaftskonzept bestanden habe oder aus welchen Gründen ein solches nicht zustande gekommen sei – diesem Problem nähert sich erst Clement in seinem Beitrag.

Einen ausgezeichneten Überblick nicht nur über die notorisch wechselnden Formen der Verwaltung dieses Industriekomplexes, sondern auch über dessen Aufgaben und Probleme, bieten Grünwald und Grünwald/Streicher in ihren Beiträgen. Rationale Koordination dieses Konzerns begegnete nicht nur der Schwierigkeit, dass die Betriebe ein hohes Maß an Selbstständigkeit erreicht hatten, sondern dass gerade in Fällen notwendiger Betriebsschließungen sich die Konzernspitze massiven Widerständen auch der lokalen Politik gegenüber sah. Und die Notwendigkeit recht tiefgreifender Reformen, vor allem in der Stahlindustrie, ergab sich schon aus zwei von der ÖIG vergebene Gutachten eines Leobener Professorenteams sowie der Beratungsfirma Booz-Allen – welche sofort wütende Reaktionen hervorriefen.

Die einschlägigen Bemühungen führten erst unter der Regierung Kreisky, mit dem intensiven Engagement des Bundeskanzlers, zu einer Lösung. 1973 bewirkte ein Gesetzesbeschluss die Fusion von VOEST und Alpine, sowie von Böhler und Schöller, 1975 wurden die Edelstahlwerke zur VEW zusammengeschlossen.

Das waren freilich die rechtlichen Maßnahmen, welchen dann reale folgen mussten. Die dadurch entstehenden Probleme seien auch und gerade

durch die Initiative Kreiskys weitgehend aufgefangen worden; nicht nur durch Sozialpläne, sondern auch durch Infrastrukturausbauten und Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Ob diese Maßnahmen rasch und effektiv erfolgten, die Auffangaktivitäten im angemessenen Rahmen blieben und die Muttergesellschaften nicht belasteten, diese Schwierigkeiten merkt Grünwald in dieser Arbeit nur an. In einer Älteren ist er da sehr viel deutlicher, wenn er schreibt: „Leider muss man aber sagen, dass manche Probleme bestehen blieben, was auch damit zusammenhängt, dass die Fusion nur mit einer gewaltigen Anstrengung möglich war und nachher nicht der notwendige Druck auf Rationalisierung ausgeübt wurde. Zugleich waren diese Fusionen gegen große Widerstände erfolgt, und man musste angesichts der lokalen und regionalen Einwände und Vorbehalte immer sagen: ‚Es wird euch schon nichts passieren‘, ‚Wir garantieren euch eure Standorte‘, sodass man nachher ein Gefangener dieser Zusagen war. Die betriebswirtschaftliche Konsequenz jeder Fusion, dass nämlich auch betrieblich etwas geschieht, die hat man sich selber blockiert.“¹

Interessant sind auch Grünwalds Ausführungen über den Hintergrund der sich wandelnden ÖIAG-Politik im Zeitablauf. Die Position der SPÖ sei in den Fünfziger- und Sechzigerjahren durch die politischen Erfahrungen der Vorkriegszeit geprägt worden. Diese traten mit den Jahren immer stärker in den Hintergrund. Weder waren die verstaatlichten Betriebe „Kommandohöhen der Wirtschaft“ noch die Träger des Wachstums. Diese Rolle war auf andere Industriezweige übergegangen. Auch im Rahmen der EU hätten die öffentlichen Betriebe an Attraktivität verloren, nicht zu reden vom Wan-

del in der theoretischen Nationalökonomie. In den Achtzigerjahren setzte in ganz Europa eine Privatisierungswelle ein, welcher sich auch die ÖIAG nicht habe verschließen können.

Man liest die Ausführungen Grünwalds mit größtem Interesse und Zustimmung – und einer gewissen Verwunderung, weil er auf den fundamentalen Bruch in der Verstaatlichten-Politik, den letztlich Lacina 1986 nach dem VOEST-Debakel in Gang setzte und mit dem ÖIAG-Finanzierungsgesetz 1987 fixierte, welches den letzten Zuschuss des Bundes fixierte, vollzog, nicht eingeht. Diese Problematik greift erst wieder Turnheim im folgenden Beitrag über die Sanierungsbemühungen der ÖIAG auf und betont explizit, dass damit ein politischer Wendepunkt für die Verstaatlichten-Politik entstanden sei.

Er leitet seinen Beitrag mit der Aufzählung jener Gründe auf, welche letztlich zum Ende dieses Konzerns geführt hätten. Er meint, dass man dafür Managementversagen, Marktversagen und Politikversagen verantwortlich machen kann. Nun trifft Ersteres sicherlich zu, das Zweite, so gesagt, gewiss nicht, denn wenn der Markt dafür sorgte, dass die Überkapazitäten der Stahlindustrie reduziert wurden, liegt das Gegenteil von Marktversagen vor. Was Turnheim ausdrücken wollte, ist, dass der Stahlmarkt eben zusammengebrochen war. Dem Bereich des Politikversagens ordnet der Autor u. a. das Verbot für die Verstaatlichte zu, in die Verarbeitung zu expandieren. Nun scheinen sich daran wirklich nur die von ÖVP-Direktoren geleiteten Betriebe gehalten zu haben, und laut Clement spielte dieses Verbot ab den Siebzigerjahren, also unter der Regierung Kreisky, generell keine Rolle mehr.

Vielleicht sollte man, besonders im Hinblick auf die Probleme der Betriebs-schließungen, noch einen historischen Aspekt hinzufügen. Die große Zahl von Betrieben, welche verstreut an relativ ungünstigen Standorten produzierten, geht wohl auch auf die Struktur der mittelalterlichen Eisengewinnung und -verarbeitung zurück, wie das auch schon im Gutachten der Leobener Professoren ausgeführt wurde.

Einen außerordentlich präzisen und wohlfundierten Beitrag steuert Hoskovec über die Finanzierung der Verstaatlichten Industrie bei. Diesem ist zu entnehmen, dass die Verstaatlichte Industrie eigentlich nie Nettoerträge abgeworfen hat.

Stellt man nach den – nicht konsistenten – Angaben des Autors den Eigenmittelzuführungen seit 1969 die Privatisierungserlöse per Ende 1993 gegenüber, ergibt sich, dass erstere 6,1 Mrd. Euro und letztere 3,1 Mrd. Euro ausmachen. Dazu käme noch die Kapitalbeteiligung der ÖIAG an der ÖMV zum Börsenkurs vom 17. 12. 2008 von 1,9 Mrd. Euro.

Daraus schließt Turnheim, dass dem österreichischen Steuerzahler durch die Gestion der Verstaatlichten Industrie keine Belastungen entstanden seien. Abgesehen davon, dass sich das aus der angeführten Rechnung nicht ergäbe, umso weniger, als diese ja nicht inflationsbereinigt angestellt wurde, ist diese Überlegung überhaupt nicht nachvollziehbar. Denn wenn jemand einen Betrieb erwirbt, diesen viele Jahrzehnte betreibt, ohne je einen Nettoertrag zu erwirtschaften und ihn nach dieser Zeit um den gleichen – nicht inflationsbereinigten – Betrag verkauft, könnte man im besten Fall von Liebhaberei sprechen. In diesem Fall wäre es für den Steuerzahler klüger gewesen, diese Beträge auf ein

Sparbuch zu legen und die Zinsen zu lukrieren.

Damit soll nichts gegen die vielen anderen ökonomischen Effekte dieses Industriekonzerns gesagt sein, schließlich gehören die meisten der indessen privatisierten Betriebe heute wieder zu den Speerspitzen der österreichischen Industrie, aber zu sagen, die Verstaatlichte hätte den Steuerzahler nicht belastet, ist kühn.

Moser berichtet in seinem Beitrag über die Tätigkeit der GBI (Gesellschaft für Bundesbeteiligungen an Industrieunternehmungen mbH), deren Aufgabe es war, gefährdete Betriebe, insbesondere in strukturschwachen Regionen, aufzufangen und zu sanieren oder zu verwerten. Diese Gesellschaft wurde 1983 gegründet und übte ihre Tätigkeit offenbar mit einigem Erfolg aus. Sie war bis 2001 tätig und konnte in dieser Zeit 8.900 Arbeitsplätze sichern oder neu schaffen.

Clement unternimmt schließlich den Versuch, das Phänomen der Verstaatlichten Industrie in das österreichische Wirtschaftssystem einzuordnen. Dies falle nicht allzu schwer, weil dieses – etwa im Gegensatz zur BRD – keinen strikten ordnungspolitischen Rahmen kenne, sondern eine flexible „sozial-korporatistische Marktwirtschaft mit Globalsteuerung“ darstelle. Deren hervorstechendes Merkmal sei ihr Pragmatismus. Damit füge sich auch die Verstaatlichte Industrie ohne größere Schwierigkeiten in das System ein. Das lag gewiss auch daran, dass damit die sowjetischen Intentionen, das Deutsche Eigentum betreffend, unterlaufen

werden sollten. Dadurch konnte sich die ÖVP damit leichter abfinden, umso mehr als nach 1945 auch der ÖAAB die Verstaatlichung forderte. Auf der anderen Seite entsprach die Verstaatlichung den ideologischen Vorstellungen der Sozialisten, doch wurde von ihrer Seite, keine bestimmte Funktion für diese Industrien formuliert, schon gar nicht betrachteten sie diesen Industriekonzern als Ansatz eines alternativen Wirtschaftssystems.

Für die Folgezeit zeichnet Clement die Entwicklungsphasen der österreichischen Wirtschaft und ihren Auswirkungen auf die Verstaatlichte Industrie mit deren zunehmenden Problemen. Auch aus diesem Artikel geht hervor, was schon Grünwald angedeutet hatte, nämlich dass die stets zunehmende internationale Verflechtung den Rahmen der Verstaatlichten Industrie sprengte.

Dies ist ein außerordentlich anregendes Buch. Auch wenn man den Argumenten mancher Autoren nicht zu folgen vermag, vermittelt es eine derartige Fülle von Informationen und Daten, dass jeder, der sich über das Phänomen der österreichischen Verstaatlichten Industrie informieren will, zu diesem Band greifen sollte.

Felix Butschek

Anmerkung

- ¹ Grünwald, Oskar, Die Verstaatlichte Industrie in der Ära Kreisky, in: Weber, F.; Venus, Th. (Hrsg.) *Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis* (Wien 1993) 121.